



TARIFRUNDE #CHEMIE2019 JETZT UMSCHALTEN

Trotz kurzzeitiger Hoffnung im Brexit-Chaos und ersten Annäherungen im Handelsstreit zwischen den USA und China – die Nachrichten aus der Wirtschaft sind weiterhin von Abschwung und Rezession geprägt. Mitte Oktober machte der Internationale Währungsfonds mit warnenden Worten Schlagzeilen: Der IWF erwartet global das schwächste Wachstum seit der Finanzkrise. Kurz danach senkte die Bundesregierung ihre Konjunkturprognose für 2020 von 1,5 auf nur noch 1 Prozent. Weitere Gewinnwarnungen aus den Unternehmen machen die Runde. Obwohl die schlechten Nachrichten nicht abreißen, zieht die IG BCE bislang keine entsprechenden Konsequenzen. Sie beharrt unverändert auf ihren Forderungen, wie die erste bundesweite Tarifverhandlung zwischen Chemie-Arbeitgebern und Gewerkschaft gezeigt hat.

Chemie erwartet größtes Umsatzminus seit 2009

„Die IG BCE versucht, Geld zu verteilen, das nicht vorhanden ist“, kritisiert BAVC-Verhandlungsführer Georg Müller. „In den nächsten Wochen müssen beide Seiten intensiv daran arbeiten, die verhärteten Fronten aufzubrechen.“ Das kann aber nur funktionieren, wenn sich auch die Gewerkschaft bewegt. Die Chemie-Konjunktur steckt nach wie vor tief in den roten Zahlen. Die Lage hat sich in den letzten Monaten immer weiter verschlechtert. Für 2019 rechnen die Unternehmen mit Verlusten bei Umsatz und Produktion von 5 bis 6 Prozent. Das wäre der größte Rückgang seit der Krise vor zehn Jahren. Müller: „Wenn die Branche schrumpft, können die Entgelte nicht steigen.“

IG BCE muss Ansprüche herunterschrauben

Dies umso mehr, als die IG BCE weitere „kostenpflichtige“ Forderungen aufgestellt hat: „Ob Entgelt, Zukunftskonto oder Pflege: In der aktuellen wirtschaftlichen Lage gibt es kaum Spielraum für Kostensteigerungen“, stellt BAVC-Verhandlungsführer Müller klar. Der nächste Verhandlungstermin mit der IG BCE ist für den 21. und 22. November in Wiesbaden angesetzt. Mit Wunschdenken und dem Schönreden schlechter Wirtschaftszahlen wird es dort keine Fortschritte geben. Nötig ist eine passende Antwort auf die Rezession, in der sich die Branche derzeit befindet. Die IG BCE muss dringend den Schalter umlegen und ihre Ansprüche herunterschrauben.

„IN DEN NÄCHSTEN WOCHEN MÜSSEN BEIDE SEITEN INTENSIV DARAN ARBEITEN, DIE VERHÄRTETEN FRONTEN AUFZUBRECHEN.“

BAVC-Verhandlungsführer
Georg Müller

**READINESS-CHECK:
FIT FÜR CHEMIE 4.0?**

Seite 4



**HALBZEITBILANZ:
JETZT UMSTEUERN!**

Seite 6





BAVC-KONJUNKTURUMFRAGE 2019

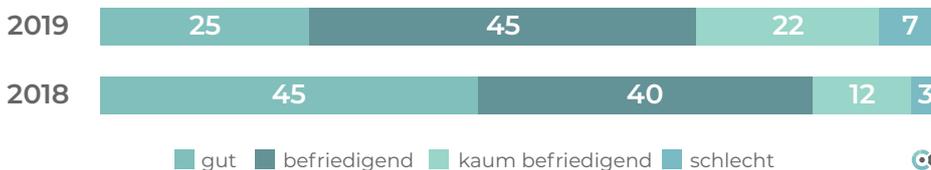
ERTRÄGE SINKEN AUF BREITER FRONT

Die Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie gehen mit großer Skepsis in die letzten Monate 2019 und das kommende Jahr. Das belegen die Ergebnisse der jüngsten BAVC-Konjunkturumfrage. Die Umfrage wurde im September 2019 abgeschlossen.

22 Prozent der Unternehmen betrachten ihre aktuelle wirtschaftliche Situation demnach als „kaum befriedigend“, 7 Prozent sogar explizit als „schlecht“. Nur noch ein Viertel der Betriebe spricht von einer „guten“ Lage. In den Betrieben, die sich selbst in einer nicht befriedigenden oder schlechten Situation sehen, sind mit 36 Prozent aller Beschäftigten zudem überdurchschnittlich viele Mitarbeiter tätig.

Rezession in den Betrieben angekommen

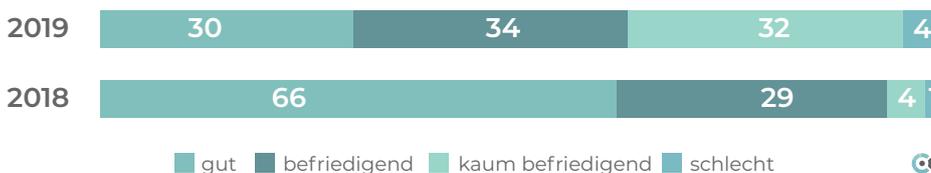
Wie die Betriebe ihre wirtschaftliche Lage einschätzen



Quelle: BAVC-Konjunkturumfrage 2019; Angaben in Prozent

Das Bild zeigt damit einen dramatischen Wandel der Einschätzungen gegenüber dem Vorjahr. Damals gaben noch 45 Prozent der Betriebe an, ihre wirtschaftliche Situation sei „gut“. Als „kaum befriedigend“ oder „schlecht“ wurde sie nur von 12 bzw. 3 Prozent beurteilt. In diesen Betrieben waren damals nur 5 Prozent der Mitarbeiter tätig. Die Rezession in der Industrie ist damit in den Betrieben der Branche angekommen.

Wirtschaftliche Lage der Unternehmen - Gewichtung nach Beschäftigten



Quelle: BAVC-Konjunkturumfrage 2019; Angaben in Prozent

KONTAKT



LUTZ MÜHL

Geschäftsführer
Wirtschaft, Sozialpolitik

lutz.muehl@bavc.de

Für 2019 berichten 44 Prozent der Betriebe von niedrigeren Gewinnen. Der Ausblick auf 2020 zeigt, dass 30 Prozent von nochmals sinkenden Erträgen ausgehen. Gerade einmal halb so viele (16 Prozent) rechnen mit einer Erholung. Mit 54 Prozent sieht die Mehrzahl eine Stagnation auf dem niedrigeren, in 2019 erreichten Niveau. Insgesamt zeichnet sich in der Branche für das kommende Jahr damit eine weitere Verschlechterung des wirtschaftlichen Ergebnisses ab.

Mehr Unternehmen müssen Personal abbauen

Infolge der veränderten wirtschaftlichen Situation im Verarbeitenden Gewerbe ist auch der Beschäftigungsaufbau in der chemisch-pharmazeutischen Industrie bereits zum Stillstand gekommen. Für 2020 erwarten 26 Prozent der Betriebe einen Stellenabbau - deutlich mehr als die 9 Prozent, die steigende Beschäftigtenzahlen erwarten. Schon aktuell arbeiten 66 Prozent der Belegschaften der Branche an Standorten, die Maßnahmen zum Personalabbau eingeleitet haben. Für 2020 erwarten 54 Prozent der Betriebe, dass diese Maßnahmen fortgesetzt werden. 39 Prozent sehen sogar eine weitere Verschärfung der Anpassungsmaßnahmen auf sie zukommen.

Arbeitskosten mit großer Bedeutung

Gefragt nach der Bedeutung der Arbeitskosten für die Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie zeigt sich eine große Bandbreite. Im Durchschnitt liegt diese in unserem kapitalintensiven Industriezweig naturgemäß niedriger als im Handwerk oder anderen Branchen mit einem hohen Anteil manueller Fertigung. Dennoch liegt der Anteil der Arbeitskosten am Gesamtumsatz für 28 Prozent aller Betriebe über 30 Prozent. In weiteren 37 Prozent liegt er zwischen 20 und 30 Prozent. Damit muss in zwei Dritteln aller Standorte mehr als jeder fünfte eingenommene Euro für Arbeitskosten aufgewendet werden. In einem Viertel der Betriebe ist es sogar mehr als jeder dritte Euro. Die Entwicklung der Tarifentgelte hat somit einen unmittelbaren Einfluss auf die wirtschaftliche Situation der Unternehmen.

Dieser Befund gilt umso mehr, als 39 Prozent aller Unternehmen angeben, dass sie für 2019 eine Umsatzrendite von maximal 3 Prozent erwarten. Erhöhungen der Arbeitskosten können dort somit über die Frage Gewinn oder Verlust und damit die Zukunft der Standorte und der Arbeitsplätze mitentscheiden.

Einflussgrößen für die Wettbewerbsfähigkeit

Die wesentlichen Einflussgrößen für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Standorte sind darüber hinaus die Verfügbarkeit und die Kosten für Rohstoffe und Energie. Während in den vergangenen Jahren der Fachkräftemangel und die Attraktivität der Branche für Beschäftigte praktisch als ebenso bedeutsam eingeschätzt wurden, hat sich dies in Zeiten verstärkter Restrukturierungsmaßnahmen und eines einsetzenden Personalabbaus geändert.

13 Prozent der Betriebe sehen den Fachkräftemangel in Deutschland noch mit einem großen Einfluss auf ihre Situation. Hingegen schreiben aktuell 29 Prozent der konjunkturellen Entwicklung im In- und Ausland einen starken Einfluss zu. 40 Prozent sehen diese noch mit einem „eher großen Einfluss“. Nach Jahren der langsamen, aber stetigen konjunkturellen Aufwärtsentwicklung ist damit die Sorge vor den Folgen der Rezession in der Industrie sehr konkret in die Betriebe zurückgekehrt.

Autor: Lutz Mühl

Die Chemie.
Dein Arbeitgeber.

Mehr Informationen, Daten und Argumente zur Tarifrunde #Chemie2019 finden Sie auf

chemie-arbeitgeber.de



Quelle: Shutterstock 782842939

READINESS-CHECK VERFÜGBAR FIT FÜR CHEMIE 4.0?

Wie gut ist Ihr Unternehmen auf digitale Transformation und zirkuläre Wirtschaft vorbereitet? Wird der Wandel ausreichend in der Unternehmensstrategie berücksichtigt? Sind Ihre Prozesse bereits digitalisiert und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die neuen Herausforderungen gewappnet? Wer im Zeitalter der Digitalisierung weiterhin erfolgreich am Markt agieren will, muss sich diesen Fragen stellen. Die Herausforderung ist dabei nicht nur, Antworten zu finden und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen – sie müssen auch richtig priorisiert werden.

Kooperation von BAVC und VCI

Wertvolle Unterstützung bietet der von BAVC und VCI in Kooperation mit Deloitte entwickelte Readiness-Check Chemie 4.0. Er hilft den Unternehmen, wichtige Veränderungen in Richtung Digitalisierung, Arbeiten 4.0 und zirkuläre Wirtschaft einzuleiten. Der Check ist eine Standortbestimmung auf dem Weg in die Ära Chemie 4.0 und richtet sich besonders an Führungskräfte. Er wurde in Kooperation der beiden Chemie-Verbände BAVC und VCI entwickelt. Impulsgeber waren sowohl der BAVC-Ausschuss Arbeiten 4.0 mit seiner „Toolbox“ als auch die VCI-Studie „Chemie 4.0“.

So funktioniert der Readiness-Check

Der Readiness-Check Chemie 4.0 ist ein Excel-Tool, das BAVC und VCI ihren Mitgliedern zur Verfügung stellen. In insgesamt 140 Fragen werden die wichtigsten Aspekte von Chemie 4.0 in sieben Themenblöcken betrachtet:

- 🌀 Strategie und Organisation
- 🌀 Führung und Kommunikation
- 🌀 Datennutzung
- 🌀 Geschäfts- und Betriebsprozesse
- 🌀 Aus- und Weiterbildung
- 🌀 Gesundheit im Betrieb
- 🌀 Ressourceneffizienz und zirkuläre Wirtschaft

Bei jeder Frage in den verschiedenen Themenblöcken können Sie anhand einer Punkteskala von 1 bis 5 beurteilen, wie gut Sie bereits auf die Veränderungen vorbereitet sind. Alternativ können Fragen auch unbeantwortet bleiben oder mit „keine Angabe“ versehen werden. Ebenso ist es möglich, nur einzelne Themenbereiche zu beantworten.

Das Tool erstellt zum Abschluss einen Kurzreport und liefert eine erste Bewertung. Der Report errechnet dabei nicht nur die erreichte Punktzahl pro

🌀 KONTAKT



ANDREAS OGRINZ

Geschäftsführer
Bildung, Innovation, Nachhaltigkeit

andreas.ogrinz@bavc.de

Themenblock, sondern gibt auch einen Überblick, wie dringlich Maßnahmen in den einzelnen Themenblöcken erscheinen. Berücksichtigt wird zudem der unternehmerische Schwerpunkt. Denn für Hersteller von Pflanzenschutzmitteln sind andere Maßnahmen relevant als für Lackhersteller.

Zooming in: der Themenblock „Aus- und Weiterbildung“

Werfen wir einen beispielhaften Blick auf das Thema „Aus- und Weiterbildung“: Hier legen Sie sich selbst Rechenschaft darüber ab, ob bei Ihnen in der Ausbildung beispielsweise

- 📍 Daten (Erhebung, Analyse, Vernetzung usw.) eine große Rolle spielen;
- 📍 mobile Endgeräte und damit verbundene Software regelmäßig eingesetzt werden;
- 📍 agile Arbeitsmethoden wie Scrum oder Design Thinking zum Einsatz kommen.

Was die Weiterbildung in Ihrem Unternehmen angeht, geben Sie beispielsweise Auskunft darüber, ob

- 📍 Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereits über die für die digitale Transformation notwendigen fachlich-technischen bzw. persönlichen und sozialen Kompetenzen verfügen;
- 📍 der Schulungsbedarf Ihrer Beschäftigten regelmäßig festgestellt wird und entsprechende Schulungen durchgeführt werden;
- 📍 Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter digitale Medien und E-Learning für das selbstgesteuerte Lernen nutzen.

Nachdem Sie sich durch den Themenblock geklickt haben, erhalten Sie das Ergebnis: Sie stehen entweder vor der ernüchternden Beurteilung „Sie scheinen gerade erst zu beginnen, sich mit der Frage zu beschäftigen, welche Fachkräfte Sie für die digitale Transformation brauchen“ oder Ihnen wird attestiert, „Ihre Aus- und Weiterbildung vollumfänglich auf die Erfordernisse der digitalen Transformation ausgerichtet zu haben“. Oder aber: Der Reifegrad Ihres Unternehmens liegt irgendwo dazwischen. In jedem Fall können Sie besser als zuvor beurteilen, wo Nachholbedarf besteht.

Die Vorteile des Checks im Überblick

- 📍 Kompakte Unterstützung bei der Selbsteinschätzung: Wo steht mein Unternehmen heute?
- 📍 Strukturiertes Vorgehen: Alle Aspekte der komplexen Thematik werden berücksichtigt.
- 📍 Ergebnisse in einem Kurzreport: Sie erhalten sofort eine erste Bewertung und die Einschätzung über die Dringlichkeit von Maßnahmen in jedem Themenblock.
- 📍 Hilfestellung bei der Priorisierung der Aufgaben: Nicht alle Erfordernisse können und müssen sofort umgesetzt werden. Der Kurzreport zeigt die Dringlichkeit auf.
- 📍 Modularer Aufbau: Sie können die einzelnen Frageblöcke separat beantworten, je nach Interesse und Zeit. Wer alle Fragen beantworten möchte, sollte dafür ca. 60 Minuten einplanen.
- 📍 Teilnahme an Branchen-Benchmark – vorausgesetzt, der Datenrücklauf reicht aus: Als Mitgliedsunternehmen haben Sie die Möglichkeit, uns Ihre Antworten, selbstverständlich vertraulich, für die Erstellung eines Benchmarks zur Verfügung zu stellen. Bei ausreichend großem Datenrücklauf erfolgt die Zusendung des Branchen-Benchmarks an die teilnehmenden Unternehmen.

Der Check ist die perfekte Ergänzung zur Toolbox Arbeiten 4.0, einem Instrumentenkasten, den die Chemie-Arbeitgeberverbände seit Mai 2018 als Unterstützungsangebot für ihre Mitgliedsunternehmen bereithalten. Wer den Readiness-Check hat, weiß, wo ihn der Schuh drückt – und hat gleich die passenden Praxishilfen parat. Und den Arbeitgeberverband vor Ort, der sich in allen Gestaltungsfragen zur Arbeitswelt bestens auskennt.

Der Link zum Check:

bavc.de/themen/digitalisierung



Quelle: Shutterstock 1051558388

HALBZEITBILANZ DER BUNDESREGIERUNG DIE GROBE KOALITION MUSS UMSTEUERN

Zur Mitte ihrer Amtszeit setzt die Bundesregierung ungeachtet der schlechteren wirtschaftlichen Lage weiter auf milliardenschwere Umverteilung und zusätzliche Regulierung in der digitalen Arbeitswelt. Statt notwendigen Spielraum und Flexibilität zu schaffen, legt sie den Unternehmen zusätzliche Fesseln an.

Dabei verkennt offenbar auch die Union, dass das Maß voll ist und es an der Zeit wäre, zügig umzusteuern. Zu groß ist offensichtlich bei allen Koalitionspartnern die Angst vor einem Scheitern dieser Regierung. In den nächsten Monaten steht einiges auf der Tagesordnung.

Ein neuer Flexibilitäts-Konsens?

Wenn es wirtschaftlich schwieriger wird, brauchen Unternehmen mehr Spielraum, nicht weniger. Nach Rentenpaket I, Mehrkosten durch die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung und neuer Bürokratie durch das Rückkehrrecht in Vollzeit plant Bundesarbeitsminister Hubertus Heil aber nun einen so genannten „Flexibilitäts-Konsens“. Im Klartext: Einschränkungen im Befristungsrecht, die Einführung der individuellen Arbeitszeiterfassung und ein Recht auf Home-Office. Ein kleines Plus würde nur die außerdem angekündigte Arbeitszeitflexibilisierung bringen. Der Rest des Pakets schafft dagegen zusätzliche Einschränkungen. Und das, obwohl die Konjunktur sichtbar auf Talfahrt ist.

Grundrente: systemwidrig und ungerecht

Hinzu käme eine systemwidrig ausgestaltete Grundrente, die keine Gerechtigkeit schafft, sondern das Äquivalenzprinzip der Rentenversicherung ins Gegenteil verkehrt und die Akzeptanz des gesamten Systems bei den Beitragszahlern in Frage stellt. Entscheidend für die Rentenhöhe müssen auch künftig die gezahlten Beiträge bleiben. Ansonsten wird die Rentenhöhe, egal ob für Gering- oder Gutverdiener, von politischen Mehrheiten abhängen. Die amtierende Bundesregierung wäre auch hier gut beraten, umzusteuern.

Befristungen: Spielräume für Unternehmen erhalten

Die sachgrundlose Befristung bietet Unternehmen betriebliche Flexibilität und schafft Sicherheit für bestehende Arbeitsverhältnisse – in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs ist sie ein dringend benötigtes Instrument für die Unternehmen. Den umfangreich genutzten Befristungsgrund der unsicheren Haushaltsmittel kennt übrigens nur der öffentliche Dienst. Gerade dieser hat zu dem falschen Eindruck in der Bevölkerung beigetragen, befristete Verträge seien ein Massenphänomen, welches bekämpft werden müsse.

KONTAKT



SILKE STELMANN

Leiterin Hauptstadtbüro Berlin

silke.stelmann@bavc.de

In der Industrie sind nicht einmal 6 Prozent der Beschäftigten befristet eingestellt. Zugleich haben sich Jobangebote auf Zeit zu einem wichtigen Zugang zu unbefristeten Stellen entwickelt. Immerhin 45 Prozent der befristeten Verträge in der Privatwirtschaft münden in ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis. Sollte die Bundesregierung ihren falschen Weg fortsetzen, muss sie zumindest die Tarifbindung eines Unternehmens honorieren: mit einer höheren Quote für tarifgebundene Betriebe (6 Prozent statt maximal 2,5 Prozent sachgrundlos befristete Stellen im Unternehmen) und dem Erhalt der Möglichkeit, die maximale Dauer von Befristungen per Tarifvertrag zu verlängern.

Neuregelung der Arbeitszeiterfassung

Das EuGH-Urteil zur verpflichtenden Arbeitszeiterfassung hat auch das Bundesarbeitsministerium auf dem falschen Fuß erwischt und ist kein Wunschprojekt der Bundesregierung. Gleichwohl stellt sich Bundesarbeitsminister Hubertus Heil nun doch voll hinter das Urteil und sieht dringenden Handlungsbedarf. Geht es nach seinen Vorstellungen, soll für jeden Arbeitnehmer künftig individuell erfasst werden, wann er seine Arbeit beginnt und wann er sie beendet. Das suggeriert Klarheit und Verlässlichkeit in unseren volatilen Zeiten. Mehr aber auch nicht. Der Arbeitsalltag der meisten Arbeitnehmer hat sich verändert und die Unternehmen kümmern sich heute viel engagierter um die Gesundheit ihrer Beschäftigten. Wer in der digitalen Arbeitswelt statt auf mehr Eigenverantwortung auf mehr Kontrolle setzt, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

Recht auf Home-Office – das falsche Versprechen

In Zeiten des digitalen Wandels wird mobiles Arbeiten für viele Arbeitnehmer immer attraktiver und zahlreiche Unternehmen haben bereits gute Erfahrungen gesammelt. Ein genereller Rechtsanspruch macht jedoch keinen Sinn. Er schafft vor allem unnötige Bürokratie – besonders in den Fällen, bei denen ohnehin klar ist, dass die Tätigkeit vor Ort im Unternehmen ausgeübt werden muss, weil sie Teil der Produktionskette ist oder die Sicherheitsbestimmungen es so vorsehen. Zahlreiche betriebliche Lösungen zeigen bereits, dass in anderen Fällen passgenaue Antworten in Unternehmen möglich sind. Das Versprechen der Politik schürt jedoch falsche Erwartungen bei den Beschäftigten.

Arbeitszeitgesetz endlich reformieren

Bei all den zusätzlichen Einschränkungen könnte die Bundesregierung den Unternehmen mit der geplanten Arbeitszeitflexibilisierung zumindest ein Stück mehr Spielraum verschaffen. Die bereits für die vergangene Legislaturperiode angekündigte Reform muss nun endlich umgesetzt werden. Dabei sollte der Gesetzgeber den Tarifparteien auch eine Verkürzung der Ruhezeiten auf 9 Stunden unabhängig von der Art der Arbeit ermöglichen. Die im Koalitionsvertrag lediglich vorgesehene Umstellung der Höchstarbeitszeiten auf eine wöchentliche und nicht mehr tägliche Betrachtung wäre dagegen halbherzig. Den Unternehmen würde so europarechtlich gestatteter zusätzlicher Spielraum verwehrt.

Tarifbindung stärken – aber wie?

Das Bekenntnis zur Tarifautonomie und das erklärte Ziel, die Tarifbindung aktiv fördern zu wollen, findet sich nicht erst in diesem Koalitionsvertrag. Wie die Regierungen zuvor hat die derzeitige Bundesregierung ebenfalls noch keinen Vorschlag präsentiert, wie dies erreicht werden kann. Aus Sicht der Tarifpartner ist klar, dass gesetzliche Öffnungsklauseln, die tarifgebundenen Unternehmen zusätzliche Flexibilität ermöglichen, hierzu einen wichtigen Beitrag leisten können. Zentral bleibt dabei eine verantwortungsvolle Tarifpolitik der Sozialpartner, die auch immer wieder neu ausbalanciert werden muss.

Autorin: Silke Steltmann



„Die Halbzeitbilanz der großen Koalition fällt aus Sicht der Wirtschaft alles andere als positiv aus. Union und SPD setzen bislang vor allem auf neue Sozialausgaben und zusätzliche Ansprüche für Arbeitnehmer. Genannt seien nur das Rentenpaket und das Recht auf Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit. Die Bundesregierung muss dringend den Schalter umlegen und die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessern. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass Deutschland innovativ und wettbewerbsfähig bleibt - mit Investitionen in die Zukunft und mit mehr Freiheit statt weiterer Regulierung.“



Quelle: Shutterstock 1087232855

18. SHELL JUGENDSTUDIE

EINE GENERATION MELDET SICH ZU WORT

Mitte Oktober wurden in Berlin die Ergebnisse der 18. Shell Jugendstudie vorgestellt. Besonders auffällig ist das Engagement für politische und gesellschaftliche Themen. Weniger überraschend dürfte die wachsende Angst vor Umweltzerstörung sein. Eins brennt den Jugendlichen besonders auf den Nägeln: Sie wollen gehört und beteiligt werden, denn sie wissen, dass Entscheidungen von heute die Zukunft beeinflussen.

Politisch interessierte Jugend

Das gestiegene Interesse an Politik steht im Kontrast zur Kritik von zwei Dritteln der Befragten, ihre Belange würden von der Politik nicht ausreichend beachtet. Trotzdem sind drei Viertel der Jugendlichen zufrieden mit der Demokratie; 59 Prozent glauben, dass es in Deutschland insgesamt gerecht zugeht. Die Mehrheit der Befragten sieht die persönliche und gesellschaftliche Zukunft positiv. Zugenommen hat auch das Vertrauen in die EU. Sie bietet aus Sicht der jungen Deutschen viele Chancen: Freizügigkeit, kulturelle Vielfalt, Frieden sowie wirtschaftlichen Wohlstand. Ihre Informationen entnehmen Jugendliche heutzutage vor allem Online-Informationsquellen. Dennoch wird das größte Vertrauen weiterhin den klassischen Medien entgegengebracht.

Mit Blick auf aktuelle Debatten ist es nicht verwunderlich, dass Umweltängste mittlerweile stark ausgeprägt sind und die Angst vor steigender Armut oder Arbeitsplatzverlust abgelöst haben. Nur noch jeder Dritte fürchtet, keinen Ausbildungsplatz zu finden. Jugendliche äußern ihre Ansprüche an eine nachhaltige Zukunftsgestaltung sehr deutlich. Auch das eigene Leben wird bewusster geführt: Dabei ist Gesundheitsbewusstsein für 80 Prozent der Befragten das am höchsten eingeordnete Ziel, gefolgt vom Umweltschutz. Den eigenen hohen Lebensstandard erachten dagegen nur noch 63 Prozent als wichtig.

Harmonie wichtiger als Eigeninteressen

Gute Freunde und ein harmonisches Familienleben sind nach wie vor die wichtigsten Werte, während die Durchsetzung eigener Bedürfnisse in den Hintergrund rückt. Die Befragten sehen ihre Eltern mehrheitlich als Erziehungsvorbilder. Das Gymnasium bleibt die populärste Schulform; das Abitur ist der am häufigsten angestrebte Schulabschluss. Auch die integrierte Schulform verzeichnet starke Zuwächse, wohingegen Haupt- und Realschulen immer seltener besucht werden. Dies hat zur Folge, dass auch der Trend zur akademischen Bildung weiter zunimmt.

Autorin: Lisa Esche

MEHR INFOS

Die Shell Jugendstudie wird alle vier Jahre erstellt. 2019 wurden insgesamt 2.572 Jugendliche im Alter von zwölf bis 25 Jahren zu ihrer Lebenssituation und der persönlichen Einstellung befragt. Nähere Infos finden Sie unter

shell.de/jugendstudie